

den Willen des Verfassers geschehen, so trifft statt seiner den Herausgeber die Verantwortlichkeit. Es darf jedoch keine der in obiger Reihenfolge nachstehenden Personen verfolgt werden, wenn eine der in derselben vorstehenden Personen bekannt und in dem Bereiche der richterlichen Gewalt des Staates ist. Diese Bestimmung steht der gleichzeitigen Verfolgung derjenigen nicht entgegen, in Ansehung deren außer der bloßen Handlung der Herausgabe, des Verlanges oder der Uebernahme in Commission, des Druckes oder der Verbreitung, noch andere Thatfachen vorliegen, welche nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen eine wissentliche Theilnahme an der durch die Druckschrift begangenen strafbaren Handlung begründen.

#### Strafbare Aufforderungen oder Anreizungen.

§. 13. Wer zur Begehung einer strafbaren Handlung öffentlich auffordert oder anreizt, wird, wenn in Folge der Aufforderung oder Anreizung eine strafbare Handlung wirklich begangen worden ist, mit der gesetzlichen Strafe der begangenen That bestraft. Ist in Folge der Aufforderung oder Anreizung ein sträflicher Versuch begangen, so trifft den Auffordernden oder Anreizenden die gesetzliche Strafe des Versuchs.

§. 14. Wenn die öffentliche Aufforderung oder Anreizung zu einer strafbaren Handlung ohne irgend einen Erfolg gewesen ist, so trifft den schuldigen Geldbuße von Zwanzig bis zu Zweihundert Thalern, oder Gefängniß von vier Wochen bis zu zwei Jahren. Ist jedoch die That, zu welcher aufgefordert oder angereizt wurde, im höchsten oder im niedrigsten Maße mit einer geringeren Strafe bedroht, so darf die Strafe der Aufforderung oder Anreizung dieses höchsten Maß nicht übersteigen; sie kann bis auf dieses niedrigste Maß herabgesetzt werden. War die Aufforderung oder Anreizung, welche ohne Erfolg geblieben ist, auf ein durch den §. 92 Th. II. Tit. 20 des Allgemeinen Landrechts (Hochverrath) oder durch die Art. 86 und 87 des rheinischen Strafgesetzbuches vorgesehenes Verbrechen gerichtet, so ist die Strafe Zuchthausstrafe von zwei bis zu zehn Jahren. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe auf Gefängniß von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestimmt werden.

§. 15. Als der Anreizung zu strafbaren Handlungen schuldig, wird mit Geldbuße von Zwanzig bis Zweihundert Thalern, oder Gefängniß von vier Wochen bis zu zwei Jahren bestraft: 1) wer Fahnen, Zeichen oder Symbole, welche geeignet sind, den Geist des Aufstrebens zu verbreiten oder den öffentlichen Frieden zu stören, an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften ausstellt, oder wer sie verkauft oder sonst verbreitet; 2) wer äußere Verbindungs- oder Vereinigungszeichen, welche zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit von der Bezirksregierung verboten sind, an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften trägt; 3) wer in böswilliger Absicht die öffentlichen Zeichen der königlichen Autorität wegnimmt, zerstört oder beschädigt.

§. 16. Wer zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder Verordnungen, oder gegen die Anordnungen der zuständigen Obrigkeit öffentlich auffordert oder anreizt, wird mit Geldbuße von Zwanzig bis Zweihundert Thalern oder Gefängniß von vier Wochen bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 17. Wer den öffentlichen Frieden dadurch zu stören sucht, daß er die Angehörigen des Staates zum Hass oder zur Verachtung gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldbuße von Zwanzig bis zu Zweihundert Thalern, oder mit Gefängniß von vier Wochen bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 18. Wer erdichtete oder entstellte Thatfachen öffentlich behauptet oder verbreitet, welche in der Voraussetzung ihrer Wahrheit die Einrichtung des Staates oder die Anordnung der Obrigkeit dem Hass oder der Verachtung aussetzen, wird mit Geldbuße von Zwanzig bis zu Zweihundert Thalern, oder mit Gefängniß von vier Wochen bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 19. Wer über eine im Staate bestehende Religions-Gesellschaft oder ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche sich öffentlich in einer Weise äußert, welche dieselben dem Hass oder der Verachtung aussetzt, wird mit Geldbuße von Zwanzig bis zu Zweihundert Thalern, oder mit Gefängniß von vier Wochen bis zu zwei Jahren bestraft.

#### Majestäts-Beleidigungen.

§. 20. Wer durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellungen die Ehrfurcht gegen den König verletzt, wird mit Gefängniß von zwei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Wer durch eines der bezeichneten Mittel die Königin beleidigt, wird mit der nämlichen Strafe belegt.

Beleidigung des Thronfolgers, anderer Mitglieder des königl. Hauses u. s. w.

§. 21. Wer durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung den Thronfolger, ein anderes Mitglied des königlichen Hauses, oder den Regenten des preuß. Staates

beleidigt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§. 22. Wer durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung das Oberhaupt eines deutschen oder eines anderen mit dem preussischen Staate in anerkanntem völkerrechtlichen Verkehre stehenden Staates beleidigt, wird mit Gefängniß von einem Monate bis zu zwei Jahren bestraft.

Beleidigung der Kammern, politischer Körperschaften, Behörden u. s. w.

§. 23. Wer durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung eine der beiden Kammern, ein Mitglied der beiden Kammern, eine andere politische Körperschaft, eine öffentliche Behörde, einen öffentlichen Beamten, einen Religionsdiener, einen Geschworenen, ein Mitglied der bewaffneten Macht, während sie in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf beleidigt, wird mit Gefängniß von acht Tagen bis zu einem Jahre bestraft. Hat die Beleidigung den Charakter der Verläumdung, so ist die Strafe Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu achtzehn Monaten. Ist die Verläumdung öffentlich begangen, so ist die Strafe Gefängniß von einem Monate bis zu zwei Jahren. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann in allen Fällen die Strafe auf Geldbuße von zehn bis dreihundert Thalern bestimmt werden. (Schluß folgt.)

#### Deutschland.

**I.C. Berlin, 3. Juli.** Während die Ansicht allgemein zu sein scheint, daß die Construction der Zündnadelgewehre ein Geheimniß unserer Militärverwaltung sei, ließt man in öffentlichen Blättern Offerten von Gewehrfabrikanten, die sich anheischig machen, Zündnadelgewehre zu fertigen. Dies ist um so überraschender, als dieses Gewehr, welches in Bezug auf Trefffähigkeit, Handhabung und Ladbareit alle bisher bekannten Waffen weit hinter sich läßt, bis jetzt der preussischen Armee allein eigen ist. Dasselbe wurde zunächst in 45,000 Exemplaren für 46 Bataillone bestimmt, nachdem bei der definitiven Einführung im Jahre 1841 die Beschaffung von 60,000 Stück angeordnet war. Es besteht nur eine einzige, lediglich auf die Herstellung dieser Waffe eingerichtete Fabrik zu Sommerda bei Erfurt. Zur Bereitung der für diese Gewehre erforderlichen, ganz eigenthümlichen Munition bestehen transportable Apparate, um mit deren Hilfe nöthigenfalls auf dem Kriegstheater selbst eine ambulante Fabrik einrichten können. Der Militärretat, der hierüber sehr belehrende Notizen enthält, wirft für 12,000 solcher Gewehre und für die Einrichtung von 2 Munitionsfabriken die Summe von 194,600 Thln. aus. — In der kaufmännischen Welt will man wissen, daß die Regierung namhafte Banquiers um Rath gefragt habe, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen (mit Zustimmung der Kammern) der Abschluß einer Anleihe auf Schwierigkeiten stoßen würde. Von einem in dieser Beziehung sehr einflussreichen Bankhause soll ihr die Antwort geworden sein, daß bei Minoritätswahlen zu den nächsten Kammern dem Abschlusse der Anleihe vielleicht unbeseigbare Schwierigkeiten entgegentreten würden. — Der Staatsanzeiger bringt abermals eine neue Verordnung; dieselbe betrifft die vorbereitenden Maßregeln zur Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten.

**Frankfurt, 3. Juli.** Die „D.-P.-Z.“ enthält im amtlichen Theile folgende Verordnung des Reichsverwesers:

„Ich habe mich bewogen gefunden, den Reichsminister der Finanzen, Ernst Werck, für die Dauer der Abwesenheit des Reichsministers der Marine, General-Lieutenant Jochims, mit der Leitung der Geschäfte des Reichsministeriums der Marine zu beauftragen. Dessen zu Urkunde habe ich gegenwärtiges Decret eigenhändig vollzogen und mit meinem Insigne versehen lassen.“

Frankfurt, den 30. Juni 1849.

Der Reichsverweser: (gez.) Erzherzog Johann.

Der Präsident des Reichsministerrathes: (gez.) Wittgenstein.“

**Frankfurt, 1. Juli.** Erzherzog Johann gab bei seiner Abreise nach Bad Gastein mehreren Mitgliedern der großdeutschen Partei, die sich noch hier aufhielten, die Versicherung, daß er nach vollendeter Kur wieder hierher zurückkehren und die Centralgewalt so lange in Händen behalten werde, als es das Wohl Deutschlands erheische. Wir theilen dies mit, da die Anhänger der Partei, welche in Gotha tagt, in der Abreise des Erzherzogs ein stillschweigendes Aufgeben der Centralgewalt sehen wollen.

**Koblenz, 3. Juli.** Das hier stehende Gardelandwehrbataillon (Hamm) hat Befehl, sich bereit zu halten, um nach dem Oberlande abzugehen. Desgleichen soll die 3. Compagnie der 8. Artilleriebrigade, welche schon einmal Ordre zum Abmarsche erhalten hatte, dennoch spätestens übermorgen mit Belagerungsgeschütz dahin aufbrechen. — Seit einigen Tagen kommen einzelne Schwereblettrte mit dem Dampfboote hier an und werden durch den am Landungsplage zu diesem Zwecke bereit gehaltenen Wagen in das